

Leipziger Tageblatt

Morgen-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vertriebsgebiet 10 Pf. monatlich, 1.20 Mark vierteljährlich, 4.80 Mark halbjährlich, 10.00 Mark jährlich. Für andere Bezugsgebiete 12 Pf. monatlich, 1.44 Mark vierteljährlich, 5.76 Mark halbjährlich, 12.00 Mark jährlich. Ausland: 1.80 Mark monatlich, 7.20 Mark vierteljährlich, 28.80 Mark halbjährlich, 60.00 Mark jährlich. Postgebühren sind in den Preisen eingeschlossen. Bestellungen sind an den Verleger zu richten. Die Redaktion ist in Leipzig, Postfach 100, zu erreichen. Druckerei: Druckerei des Verlegers, Leipzig, Postfach 100.

und Handels-Zeitung Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

118. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Leipzig 4.00 Pf. die Zeile, 10.00 Pf. die Spalte. Für andere Bezugsgebiete 5.00 Pf. die Zeile, 15.00 Pf. die Spalte. Anzeigen sind an den Verleger zu richten. Die Redaktion ist in Leipzig, Postfach 100, zu erreichen. Druckerei: Druckerei des Verlegers, Leipzig, Postfach 100.

Nr. 808

Freitag, den 4. Juli

1919

Der Dank des Reiches an Hindenburg

Bauer und Roske an Hindenburg

Weimar, 3. Juli. (Drahtbericht.) Generalfeldmarschall von Hindenburg, der bereits vor einiger Zeit um Genehmigung seines Rücktritts bei Abschluss des Friedens gebeten hat, verläßt heute Kolberg. Gleichzeitig ist auch die Oberste Heeresleitung aufgelöst worden. Aus diesem Anlaß hat der Ministerpräsident an den Generalfeldmarschall v. Hindenburg im Namen der Reichsregierung folgendes Telegramm geschickt:

Im Namen der Reichsregierung sage ich Ihnen, Herr Generalfeldmarschall, noch einmal unseren unabänderlichen Dank für alle Dienste zum Besten des Vaterlandes. In Tagen der Not wurden Sie gerufen, in Tagen des schmerzlichen Sie Ihre Aufgaben abzuwickeln, die wir im Zwange der Pflicht auf unseren Rücken übertragen haben, werden immer ein großes Vorbild in der Art sein, wie Sie die Pflicht gegenüber dem Vaterlande höher stellen als persönliche Gefühle und Ansehungen.

Berlin, 3. Juli. (Drahtbericht.) Reichswehrminister Roske hat an den Generalfeldmarschall von Hindenburg folgendes Telegramm geschickt:

Generalfeldmarschall von Hindenburg, Kolberg. An dem Tage, an dem Sie den Oberbefehl niederlegen, ist es mir ein Bedürfnis, Ihnen, Herr Feldmarschall, im Namen der neuen deutschen Wehrmacht den herzlichsten und unaussprechlichen Dank des Vaterlandes für Ihre treu geleisteten Dienste auszusprechen. Wie Sie als ruhmgeliebter Feldherr unsere Heere in Feindesland geführt haben, wird unergötlich in der Geschichte fortleben. Besonders aber muß Deutschland Ihnen dankbar sein für die Mühe und Sorgfalt, mit der Sie in der letzten schweren Zeit die militärischen Geschicke unseres Vaterlandes gelenkt haben. Sie haben damit den Grundstein gelegt, auf dem unser Volk in hoffentlich nicht allzu ferner Zukunft sein neues Haus bauen wird, in dem dann unsere Kinder und Enkel wieder mit Stolz

und Freude als Deutsche leben können. In dieser sicheren Zukunftshoffnung möge Ihnen, Herr Feldmarschall, noch ein langer und dankbarer Verehrung des deutschen Volkes getragener Lebensabend beschieden sein.

Reichswehrminister Roske.

Zweibund zwischen Sozialdemokraten und Zentrum?

Weimar, 3. Juli. (Drahtbericht unseres Sonderberichterstatters.) Das Programm der neuen Reichsregierung ist nahezu bis auf Einzelheiten fertiggestellt. Es wurde in der heutigen Sitzung des Kabinetts eingehend besprochen. Es scheint, daß sich tatsächlich die Sozialdemokraten und das Zentrum in allen Grundfragen der inneren Politik verständigt und daß sie eine aktionsfähige Plattform gefunden haben.

Die Sühne für die Ermordung Klübers

Halle, 3. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Nach zehn Jahren im Prozeß des Oberleutnant v. Klüber gefaßt. Der Hauptangeklagte Bauer wurde wegen Mordes zum Tode verurteilt, Fiedler wegen Totschlags zu 8 Jahren Zuchthaus, Krieh zu 10 Jahren Zuchthaus, Richter zu 12 Jahren Zuchthaus, Oierold zu 13 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, einschließlich der Strafe für Plündern, Jüngmann wegen einfachen Landfriedensbruchs zu 2 Jahren Gefängnis, Kahl wegen schweren Landfriedensbruchs zu 6 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, Thaler wegen schweren Landfriedensbruchs zu 3 Jahren Gefängnis, Schlie wegen einfachen Landfriedensbruchs zu 6 Monaten Gefängnis, Reiz wegen gefährlicher Körperverletzung zu 6 Monaten Gefängnis. Musculus wurde freigesprochen.

Dieser die Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln gefährdet, dann aber auch, weil der Streik nur partiell sei. Die Beamtenschaft werde mit allen erlaubten Mitteln versuchen, den Verkehr so weit als möglich aufrechtzuerhalten. Die Beamtenschaft sei gewillt, dem Zwang, der ausgeübt wird, sich nicht zu fügen, und erlaube die Bevölkerung, sie in diesem Bestreben zu unterstützen.

Noch keine Genugtuung für Spa

Eine neue Rolle des Generals von Hammerstein. Berlin, 3. Juli. (Drahtbericht.) General von Hammerstein hat der belgischen Mission in Spa am 2. Juli folgende Rolle zugehen lassen:

Die belgische Regierung hat für die schweren Ausschreitungen der Spaer Bevölkerung gegen Mitglieder meiner Kommission am 30. Juni mir bis heute Genugtuung nicht gegeben. Der gegen die aufgegebenen Massen machte Führer der von außerhalb herbeigeordneten zu schwachen Gendarmerieabteilung war noch am 30. Juni in meinem Hotel, um sein Bedauern auszusprechen. Er kann für die unerhörte Haltung der Einwohner nicht verantwortlich gemacht werden. Auch die durch die englische Militärpolizei war gegen das Volk nachfolgt, das durch einen durch die Ortsbehörden nicht verhinderten Umzug einer Musikbände noch erregt worden war. Die Lokalbehörden trifft in erster Linie die Schuld, den großen Verletzungen des internationalen Völkerechts und der meiner Kommission zusehenden Immunität nicht rechtzeitig vorgebeugt zu haben. Ich bitte Herrn General v. Kobbe, persönlich sich dafür einzusetzen zu wollen, daß mir die Genugtuung, die ich erwarten muß, in kürzester Frist zuteil wird. Ich darf den Herrn General bei der Gelegenheit daran erinnern, daß bei einem gleichen Vorkommnis gelegentlich der Abreise deutscher Friedensdelegationsmitglieder aus Versailles gegen Mitte Juni der Ministerpräsident der französischen Republik sich binnen kurzem entschuldigt und die zuständigen höheren Aufsichtsbeamten abgesetzt hat.

Die Ratifizierung verzögert

Weimar, 3. Juli. (Drahtbericht unseres Sonderberichterstatters.) Die Durchlegung der Ratifizierungsurkunde begegnet Schwierigkeiten. Es wird kaum möglich sein, sie so rechtzeitig fertigzustellen, daß die Mitglieder der Nationalversammlung die Ratifizierungsurkunde noch vor dem Sonnabend erhalten können, so daß der Akt der Ratifizierung durch das Parlament wahrscheinlich erst Anfang nächsten Monats vor sich gehen kann. Diese Verzögerung, die lediglich technische Gründe hat, wird in den Kreisen der Reichsregierung lebhaft bedauert.

Düsseldorf künftiger Sitz der Waffenstillstandskommission

Berlin, 3. Juli. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Wie die P. P. N. an zuständiger Stelle erfahren, ließ Marschall Foch der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa am 2. Juli mitteilen, der internationalen Waffenstillstandskommission werde als zukünftiger Standort Köln zugewiesen. Als Sitz für die deutsche Waffenstillstandskommission schlägt er Düsseldorf vor.

Berlin, 3. Juli. (Drahtbericht.) In der im gegenseitigen Einverständnis erfolgten Verlegung der internationalen Waffenstillstandskommission nach Köln und der deutschen nach Düsseldorf wird mitgeteilt: Die Hauptarbeit der Abwicklung wird in Berlin vor sich geben, wobei sich auch die Mehrzahl des Personals von Spa bereits begeben hat. In Düsseldorf wird die Geschäftsführung nur mit bedeutend verminderten Kräften aufrechterhalten werden. Die Neuordnung wird nur so lange dauern, bis der Friede ratifiziert ist. Dann erfolgt die endgültige Aufspaltung der beiderseitigen Waffenstillstandskommissionen.

Lloyd George Vorkämpfer in Washington?

Rotterdam, 3. Juli. (Drahtbericht.) In politischen Kreisen Londons glaubt man, daß die Absicht besteht, Lloyd George den Vorkämpferposten in Washington zu übertragen.

Mißwirtschaft

Von Emil Rißchke-Leusch, Mitglied der Deutschen Nationalversammlung und des Sächsischen Volkskammer.

Die Grundlage eines jeden Staatwesens ist seine Wirtschaft. Von ihrem Stande hängt die Entwicklung auf allen anderen Gebieten bis zu einem hohen Grade ab. Ein wirtschaftlich heruntergekommenes Volk hat keine genügenden Mittel für die Lösung noch so wichtiger Aufgaben zur Verfügung, es wird ihm aber auch an der wünschenswerten Ergänzung der notwendigen geistigen Triebkräfte mangeln. Der wirtschaftlichen Verarmung folgt der Verfall auf der ganzen Linie.

Von der wirtschaftlichen Bedeutung eines Volkes hängt jedoch auch dessen Stellung in der Welt überhaupt ab. Daher auch das Bestreben namentlich Frankreichs, uns wirtschaftlich in Fesseln zu legen. Es weiß sehr wohl, daß es uns solange wir arm bleiben, als Gegner nicht zu fürchten hat. Wir wollen aber wieder an die Sonne. Im Interesse unseres werktätigen Volkes, auch der Teile, die sich der Arbeit entzogen haben, müssen wir in der Welt wieder zur Geltung kommen. Das kann nur geschehen, wenn wir unsere Wirtschaft in Ordnung und Gang bringen und so, wie das nach allem, was hinter uns liegt, nur verständlich ist — nach und nach wieder zu einem, wenn auch nur bescheidenem Wohlstand kommen. Das wird nur gelingen, wenn wir als ganzes Volk den Standpunkt einnehmen, den jeder ehrliche und vernünftige Mensch, der Unglück gehabt, aber nicht untergehen, sondern sich wieder empor arbeiten will, durchzuführen bestrebt ist, nämlich mehr arbeiten und weniger ausgeben. Bis jetzt jedoch wird bei uns nach entgegengesetzten Grundrissen verfahren. Noch nie ist so viel Geld zu unproduktiven Zwecken ausgegeben und noch nie ist so wenig gearbeitet worden, wie seit dem Ausbruch der Revolution. Für viele ist die Arbeit die Ausnahme, während sie doch die Regel bilden soll. Schuld hieran tragen, wenn auch unabsichtlich, die Maßnahmen der Nachhaber, die das alte System abgelöst haben. Parteigrundsätze zuliebe wurden inbezug auf Arbeits- und Lohnbedingungen Ideen verwirklicht, aber deren Durchführung sich in normalen Zeiten wohl hätte reden lassen, die uns aber jetzt, wenn nicht Einhalt geboten wird, unrettbar in den Abgrund führen. Das offensiblere Bestreben, sich durch ein Eingehen auf alle Forderungen eine Anhängererschaft zu sichern, hat die Verantwortlichkeit ins Maßlose gesteigert. Das Verantwortlichkeitsgefühl dem Ganzen gegenüber ist so gut wie verschwunden. Wie bei einem Schiffbruch sucht jeder Stand, getragen von dem rücksichtslosesten Eigennutz des einzelnen und unter Anwendung der brutalsten Gewalt, sich an das seiner Meinung nach rettende Ufer zu bringen.

So kann es nicht weitergehen. Ausschließlich das Wohl der Gesamtheit hat jetzt in den Vordergrund zu treten. Dieses erfordert aber den sofortigen, wenn auch nur schrittweisen Aufbau unseres Wirtschaftslebens, eine Aufgabe, die dem Reichswirtschaftsamt gestellt ist, das sich ihr aber in heimer Weise gewachsen zeigt. Man kommt aus dem Zustand der Erwgungen nicht heraus. Hier spuken die Pläne der Theoretiker und stellen sich jedem vernünftigen Vorgehen in den Weg. Herr Rathenau, der sich nun einmal in den Kopf gesetzt hat, der Reformator unseres Wirtschaftslebens zu werden, hat verstanden, seine Pläne in das Reichswirtschaftsamt hineinzuschmuggeln. Dabei hat der Reichswirtschaftsminister anscheinend noch nicht begriffen, daß der jetzt unter seinem Namen stehende Gedanke einer Planwirtschaft in seiner Durchführung eigentlich nichts anderes bedeutet, als die dauernde Einrichtung einer Konzernwirtschaft in großkapitalistischer Form mit allen den Nachteilen für die Allgemeinheit, die aus dieser Wirtschaftsform entstehen müssen.

Und während man im Reichswirtschaftsamt an grünen Tisch Paragraphen an Paragraphen reißt, vollzieht sich im Westen des Reiches ein Warenverkehr hauptsächlich aus Frankreich, der geeignet ist, uns mit schwerer Sorge zu erfüllen. Namentlich sind es Waren, die zunächst auf Schleichwegen, jetzt aber ganz offen im Werte von vielen Hunderten von Millionen nach Deutschland eingeführt werden. Man wird einwenden, daß wir diese Waren brauchen. Das soll gewiß zugegeben werden, aber das Richtige wäre doch, dann zunächst die großen im Besitz der Reichs-Textilaktiengesellschaft befindlichen Vorräte frei zu geben. Diese Waren, die bis zum sechs- bis zwölfwachen Wert des Beschlagnahmepreises, jedenfalls um die Unkosten zu decken, bis jetzt nur in kleinen Mengen abgegeben worden sind, werden anfänglich zurückgehalten, niemand außer der oben genannten Gesellschaft, weiß aus welchem Grunde. Als einmal darauf hingewiesen wurde, daß die Waren durch Mänseltrag eine Wertminderung erfahren, wurden die Lagerdämme für — das Publikum geschlossen. Jetzt, da täglich Riesensummen vollständig ankontrollierbar in das Ausland gehen, entschließt man sich, mit Hilfe des Handels die Reichswaren abzugeben. Diesem fehlt es nun jedoch, nachdem eine Ueber-schwemmung mit fremden Waren stattgefunden hat, an der Absatzmöglichkeit, da die flüssigen Gelder in fremder Ware angelegt sind. Außerdem gehört die geschäftliche Verbindung mit der Reichs-Textilaktiengesellschaft nicht zu den Annehmlichkeiten. Nach erfolgter Vorausbezahlung dauert es Monate, bevor die Ware in kleinen Posten und ohne jede Verbindlichkeit für deren Verschaffenheit, geliefert wird.

Aber eine weitere Folge dieses behördlich unbeanstandeten Warenschmuggels läßt erkennen, daß das Reichswirtschaftsamt das Gebot der Stunde nicht kennt. Wir brauchen außer Nahrungsmitteln in erster Linie Rohstoffe, um unserer Industrie Beschäftigung zuzuführen. Vor dem Kriege haben wir fertige Waren ausgeführt, und jetzt führen wir solche ein. Was soll bei solchem Mißverhältnis aus unserer Industrie, namentlich der Textilindustrie, werden, die zum größten Teil schon während des Krieges durch zwangsweise Stilllegung schwer gelitten hat? Im Krieg arbeitet die Textilindustrie Tag und Nacht, um Waren herzustellen, die dann unter militärischer Bedeckung nach Frankfurt

Arbeitsminister Defer über den Eisenbahnerstreik

Betriebsräte bei den Staatsbahnen.

Berlin, 3. Juli. (Drahtbericht.) Einem Vertreter des W. T. B. gegenüber äußerte sich der Minister der öffentlichen Arbeiten Dr. Defer über die schwebenden Fragen u. a. folgendermaßen: Die Staatsbahnen sind im Besitz des ganzen Volkes. Demgemäß sind Arbeiter, Angestellte und Beamte der Staatsbahnen Staatsbürger des Volkes, nicht einer kapitalistischen Unternehmung. Ihre Tätigkeit hat dem Volkwohl selbst zu gelten. Von diesem Gesichtspunkte aus ist das Einleitungsverhalten der Verwaltung in das Personal zu beurteilen. Die Verwaltung hat sich davon durchdringen lassen, daß der Betrieb und Verkehr nicht nur ruhende Anlagen und ruhendes Material, sondern schaffende, empfindende Menschen verlangt. Ich wünsche auch im Verwaltungsinteresse geordnete Verhältnisse. Die Verwaltung muß eine einheitliche, aus demokratischer Wahl hervorgehende sein. Ich bin dementsprechend bereit, Betriebsräte im Rahmen der reichsgesetzlichen Regelung auch für die Staatsbahnen einzuführen. Ich muß aber die unbedingte Anerkennung der Dienstpflichten jedes einzelnen verlangen. Rechte ohne Pflichten gibt es im sozialen Staat nicht. Ich möchte alle Vorgesetzten dafür verantwortlich, ihre Untergebenen mit Gerechtigkeit zu behandeln, und dabei weder unerbittliche Zurückhaltung noch Bevorzugung. Selbstverständlich müssen die Vorgesetzten meines Standes gleichfalls sicher sein; denn eine Reiserverwaltung ist ohne Ordnung und Unterordnung nicht geduldsig zu führen. Das große Volksunternehmen der preussischen Staatsbahnen muß vorbildlich sein durch volkstümlichen Geist, der die gesamte Verwaltung zu durchdringen hat. Alle Verständigen sind sich darüber klar, daß wieder Werte erzeugt und nicht Werte zerstört werden müssen.

Berlin, 3. Juli. (Drahtbericht.) Das Reichsarbeitsministerium feilt mit: Das Reichsarbeitsministerium hat es abgelehnt, in den Arbeitsstreik im Berliner Verkehrsgewerbe vermittelnd einzugreifen. Es sieht in dem Streik einen unverantwortlichen Vertragsbruch.

Berlin, 3. Juli. (Drahtbericht.) Die Streikfrage hat sich in Berlin wenig geändert. Auf der Stadt- und Ringbahn ruht der Verkehr noch; nach den Vororten ist er im beschränkten Umfang aufgenommen worden. Dagegen ist die Wannesebahn seit heute morgen wieder voll in Betrieb, und auch der Fernverkehr ist normal, ferner hat sich der Güterverkehr nach Berlin gebessert. Die Vorräte reichen bis zum Eintreffen der angekündigten Lebensmittel aus. — Bei der Straßenbahn und der Omnibusgesellschaft hält der Streik an. Verhandlungen sind bisher nicht im Gange.

Vermittlungsversuch im Berliner Verkehrsstreik

Berlin, 3. Juli. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Der Groß-Berliner Vollzugsrat, dessen erster Versuch zur Vermittlung im Verkehrsstreik infolge der Erklärung des Reichsarbeitsministeriums scheiterte, hat heute einen neuen Schritt unternommen, um den Verkehrsstreik bei den Berliner Verkehrsinstituten beizulegen. Morgen nachmittag 2 Uhr findet im Bureau des Vollzugsrates in den Zellen eine Verhandlung statt, zu der Vertreter sämtlicher Verkehrsbetriebe, der Oberbürgermeister von Berlin, die Leitungen der Verkehrsunternahmen und die Vertreter der streikenden Angestellten eingeladen werden sollen. Die Verhandlungen sind von keiner der an dem Streik zunächst interessierten Parteien, weder von Arbeitgebern noch von Arbeitnehmern angeregt, sondern sollen eine partielle Maßnahme des Vollzugsrates dar, die nur den Zweck verfolgen soll, das augenblickliche Verkehrsleiden zu beseitigen. Es ist zu hoffen, daß es bei dieser Begegnung zu einer Einigung kommen wird, und daß der Verkehr in Kürze wieder aufgenommen werden kann.

Fortsetzung des Eisenbahnerstreiks in Frankfurt

Frankfurt a. M., 3. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Heute nachmittag fand eine Versammlung der streikenden Eisenbahner statt, in der beschlossen wurde, den Streik fortzusetzen. Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnbeamtenbundes, Ortsgruppe Frankfurt, erklärt, daß er unter keinen Umständen den Streik billigt, einmal, weil